

## **1. Gesundheit – Gesundheitshotline für gehörlose Menschen**

Die Stadt München hat uns unbürokratisch eine Sonder-Telefonnummer alternativ zur CoronaHotline gegeben und unser Telekommunikationsservice für Gehörlose (TEKOS) konnte sie für die gehörlosen Münchner:innen nutzen. Damit entfiel die übliche Wartezeit am Telefon, die für Gehörlose aufgrund des Dolmetscheinsatzes mehr Probleme bereitet.

Dies könnte man auf Bundesebene übernehmen. Es gibt auch dort eine Videoberatung im Sinne einer PeerBeratung.

Wir fordern einen barrierefreien Zugang zu einer Gesundheitshotline im Sinne einer PeerBeratung.

Würden Sie sich dafür einsetzen, ein solches Angebot nicht nur auf die Corona-Hotline zu beschränken, sondern auszuweiten?

### **CSU (Stephan Pilsinger):**

CDU und CSU sorgen dafür, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen wohnortnahen und möglichst barrierefreien Weg zum Beispiel zur Haus-, Fach-, Zahnarzt- und Notfallversorgung, zu Apotheken, Hebammen, Physiotherapeuten, Gesundheits-handwerken und Sanitätshäusern haben.

Eine Gesundheitshotline für Gehörlose im Sinne einer Peer-Beratung halte ich für sehr sinnvoll. Wie wir in den letzten ein-einhalb Jahren gesehen haben, wurde die Coronahotline sehr gut und oft von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen.

Es ist wichtig, dass Jede und Jeder dieses Angebot annehmen kann, auch mit körperlichen Einschränkungen. Deshalb unterstütze ich ausdrücklich die digitale Peer-Beratung.

### **SPD (Sebastian Roloff):**

Auf jeden Fall. Solch ein Angebot ist dringend notwendig und müsste längst Standard sein.

Ich setze mich gerne dafür ein, den Zugang zu sämtlichen Hotlines der öffentlichen Hand barrierefrei zu gestalten.

### **Bündnis 90/Die Grünen (Doris Wagner):**

Selbstverständlich. Es sollte der Standard sein, Hotline-Angebote für Gehörlose bereitzuhalten. Es ist wesentlich, alle Hotlines so zu gestalten, dass sie von Gehörlosen genutzt werden können, Informationen bereitgestellt werden und Fragen gestellt werden können. Dazu gehören selbstverständlich auch barrierefreie Notrufe. Leider ist das noch nicht im Telekommunikationsgesetz aufgenommen. Das finde ich völlig unverständlich, da es von essentieller Bedeutung für Gehörlose ist.

Meine grüne Kollegin im Bundestag, Corinna Ruffer, hat sich während der Corona-Pandemie mit der Unterstützung der gesamten Fraktion sehr dafür eingesetzt, alle Informationen in Gebärdensprache zur Verfügung zu stellen.

### **Die Linke (Julian Ziegler):**

Definitiv, wir als Partei die Linke würden uns für barrierefreie Info- und Gesundheitshotlines in allen Fragen einsetzen, auch mit Peer-Beratung.

### **Volt (Sophie Griesbacher):**

Ich würde mich definitiv dafür einsetzen, dass diese Angebote ausgeweitet werden. Es gibt zahlreiche Punkte, an denen u.a. Gehörlose nicht mitgedacht werden und das muss sich ändern.

## **2. Gesundheit – bessere Teilhabe im Krankenhaus für gehörlose Patient:innen**

Aufgrund der Andersartigkeit der Kommunikation sind gehörlose Patient:innen im Krankenhaus sozial isoliert. Das Fernsehen dort hat keine Untertitel. Das Telefon können sie nicht benutzen. Die Kommunikation mit dem Fachpersonal und anderen Patienten ist nur rudimentär möglich.

Wir fordern seit langem eine bessere Teilhabe im Krankenhaus für gehörlose Patient:innen.

Würden Sie uns hierbei unterstützen und mit uns ein Projekt initiieren, um die Situation von gehörlosen Patient:innen im Krankenhaus zu verbessern?

### **CSU (Stephan Pilsinger):**

In dieser Legislaturperiode haben wir bereits die lange überfällige Frage der Kostenübernahme für Assistenz im Krankenhaus geregelt. Darüber hinaus kann ich mir auch sehr gut vorstellen, gemeinsam an ergänzenden Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von gehörlosen Patient:innen im Krankenhaus zu arbeiten. In meiner Zeit als Arzt im Krankenhaus habe ich selbst mitbekommen, wie Gehörlose oftmals bei ihrem Krankenhausaufenthalt eingeschränkt sein können. Der Kontakt mit gehörlosen Patientinnen und Patienten war und ist für mich als Arzt immer eine große Bereicherung. Deshalb bin ich gerne bereit an Projekten mitzuwirken, die den Aufenthalt der Patientinnen und Patienten angenehmer und vor allem leichter gestalten.

### **SPD (Sebastian Roloff):**

Auch das ist lange überfällig. Wir haben ja inzwischen auch die technischen Möglichkeiten um gehörlosen Menschen eine bessere Teilhabe zu ermöglichen. Das sollten wir nutzen. Ich unterstütze das daher sehr gerne.

### **Bündnis 90/Die Grünen (Doris Wagner):**

Ja, würde ich. Die wenigsten Pflegekräfte in stationären Einrichtungen haben Erfahrung mit Gehörlosen. Gebärdensprache könnte zumindest als Wahlfach in den Lehrplan in der Pflegeausbildung aufgenommen werden und es sollte Fortbildungsangebote dazu geben. Ich könnte mir vorstellen, dass Krankenhäuser sich zusammenschließen und gemeinsam eine/n oder mehrere Gebärdendolmetscher:innen beschäftigen. Der Mangel an gebärdensprachkompetenten Menschen ist an vielen Stellen ein Problem, im Gesundheitswesen und an anderer Stelle.

### **Die Linke (Julian Zieglmaier):**

Ja, wir würden ein Projekt für bessere Teilhabe in Krankenhäusern sehr gerne unterstützen.

### **Volt (Sophie Griesbacher):**

Ich würde Sie dabei unterstützen, die Situation von gehörlosen Patient\*innen in Krankenhäusern zu verbessern. Einerseits muss die Bundespolitik strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen schaffen, damit Krankenhäuser inklusiver werden; andererseits kann hier auch die Kommunalpolitik in ihren eigenen kommunalen Krankenhäusern aktiv werden.

### **3. Barrierefreier Katastrophenalarm (barrierefreie Signalwarnungen)**

Welche Lösungen bieten sich für die Umsetzung der barrierefreien Signalwarnungen an? Der Gehörlosenverband München und Umland e.V. GMU hat mit gehörlosen und hörenden Fachexpert:innen am 4. September 2021 Vorschläge dazu gesammelt. Die ausgewerteten Vorschläge werden gerade überarbeitet und als Handlungsempfehlungen ausformuliert, die wir Ihnen nach Fertigstellung zukommen lassen werden. (Mehr unter: <https://www.gmu.de/kofospezial-am-4-august-2021-katastrophenalarm-fuer-gehoerlose/>)

Wir fordern eine Lösung für eine Umsetzung der barrierefreien Signalwarnungen.

Was wird Ihre Partei dafür tun?

#### **CSU (Stephan Pilsinger):**

CDU und CSU begrüßen bereits gestartete Initiativen bei der Umsetzung zu Einführung einer barrierefreien, kostenlosen und einheitlichen Notruf-App. Die App wird insbesondere Menschen mit Hör- und Sprachbehinderung einen gleichwertigen Zugang zum Notruf ermöglichen und die bisherigen Notruf-Möglichkeiten ergänzen.

Blinde Flecken im Warnsystem wollen wir schließen, damit sich die Menschen in unserem Land auf ein gut aufgestelltes und zuverlässiges Warnsystem in Krisenlagen und Gefahrensituationen verlassen können. Wir wollen die Warnmedien modern und zielgerichtet gestalten. Um sicherzustellen, dass Warnungen auch in Zukunft den richtigen Empfängerkreis schnell erreichen, muss der Warnmix aus digitalen und analogen Medien fortwährend angepasst werden.

#### **SPD (Sebastian Roloff):**

Für die SPD ist eine stärkere Teilhabe ein Kernanliegen. In der Frage der Signalwarnungen und im Katastrophenschutz sind das Fragen, die wirklich lebensentscheidend sind. Deshalb sollten wir schnell gute Lösungen umsetzen. Die ausgearbeiteten Handlungsempfehlungen vom Gehörlosenverband München und dem Umland e.V. GMU können dafür eine gute Grundlage bieten, anhand derer man passgenaue Lösungen findet.

#### **Bündnis 90/Die Grünen (Doris Wagner):**

Es ist nicht hinnehmbar, dass es keine barrierefreien Signalwarnungen gibt. An dieser Stelle bin ich auf Ihre Expertise angewiesen und bin interessiert an Ihren Anregungen.

#### **Die Linke (Julian Zieglmaier):**

Wir unterstützen selbstverständlich einen barrierefreien Katastrophenalarm und würden sehr gerne auf die Expertise von Gehörlosen zurückgreifen.

#### **Volt (Sophie Griesbacher):**

Wir brauchen dringend barrierefreie Signalwarnungen. Es bedarf hier einer Kombination aus akustischen und visuellen Signalen. Neben dem akustischen Warnton sollten die Katastrophenalarme beispielsweise im Fernsehen angezeigt werden oder auch nach voriger Anmeldung via SMS aufs Handy gesandt werden können.

#### **4. Inklusive Bildung durch Gebärdensprache**

Von 19. – 20. Mai 2019 fand im Gehörlosenzentrum die Fachtagung „Inklusive Bildung durch Gebärdensprache“ statt. Im Rahmen von Workshops wurden Vorschläge sowohl gehörloser als auch hörender Fachexpert:innen gesammelt und als Maßnahmenempfehlungen in einer Broschüre zusammengefasst. Diese Broschüre haben alle relevanten Behörden und Ministerien in Bayern erhalten, über 80 Stück wurden verteilt. Nur eine Antwort haben wir daraufhin erhalten. (Link zur Broschüre: [www.ftib2019.de](http://www.ftib2019.de) )

Wir fordern eine unabhängige und ressourcenübergreifende Beratungsstelle in Bayern für Eltern und für gehörlose Kinder bzw. Kinder mit Hörbehinderung. Was wird Ihre Partei dafür tun?

Da Bildung Ländersache ist, möchten wir Sie direkt fragen, ob Sie sich in Bayern für eine solche unabhängige und ressourcenübergreifende Beratungsstelle einsetzen werden.

#### **CSU (Stephan Pilsinger):**

Nach der Ordnung des Grundgesetzes sind die Länder für Bildungspolitik zuständig.

Gleichwohl sprechen wir uns für räumlich, personell und sachlich angemessen ausgestattete Schule in allen Bundesländern aus, um inklusiven Unterricht anbieten zu können. Klar für uns ist auch: Bildung ist der Schlüssel zur Welt, sie ermöglicht selbstbestimmte Teilhabe am Leben in unserer Gesellschaft. Mehr schulische Inklusion ist daher unser Ziel. CDU und CSU begrüßen es, dass der Arbeitsauftrag des KMK-Schulausschusses „Empfehlungen zu curricularen Vorgaben eines kompetenzorientierten Wahlpflicht- oder Wahlfaches ‚Deutsche Gebärdensprache‘ (DGS) für die Sekundarstufe I“ zu entwickeln in den Ländern aufgegriffen wird, sodass DGS in den Schulen als Angebot etabliert werden kann.

#### **SPD (Sebastian Roloff):**

Ich halte eine solche Beratungsstelle für ein gutes und wichtiges Angebot, das wir aus meiner Sicht unbedingt umsetzen sollten.

#### **Bündnis 90/Die Grünen (Doris Wagner):**

Die Grünen im Bayerischen Landtag haben im November 2020 ein umfassendes Antragspaket zur Stärkung der Teilhabe von Gehörlosen eingebracht. Wir fordern darin u.a., Gebärdensprachkompetenz von Lehrkräften in Förderschulen mit dem Schwerpunkt ‚Hören‘ verpflichtend einzuführen, Fortbildungsangebote in Gebärdensprache für Lehrkräfte auszubauen, Konzepte für Tandemunterricht aus Laut- und Gebärdensprache zu erstellen, die Familienberatung für hörende Eltern von gehörlosen Kindern auszubauen und die deutsche Gebärdensprache als Wahlfach in der Regelschule einzuführen.

#### **Die Linke (Julian Zieglmaier):**

Wir würden uns selbstverständlich für unabhängige und ressourcenübergreifende Beratungsstellen, nicht nur aber selbstverständlich auch für Gehörlose, einsetzen.

#### **Volt (Sophie Griesbacher):**

Es bedarf einer unabhängigen und ressourcenübergreifenden Beratungsstelle - in Bayern wie bundesweit.

## **5. Arbeitsleben / Ausgleichsabgabe**

Wir sehen die Ausgleichsabgabe sehr kritisch. Einerseits sagt man, mehr Menschen mit Behinderung sollen beschäftigt werden. Und die Ausgleichsabgabe dient dazu, den Nachteil auszugleichen. Wenn aber mehr Menschen mit Behinderung beschäftigt werden, fällt die Ausgleichsabgabe geringer aus, zum Nachteil der MmB. Eine höhere Ausgleichsabgabe bei Firmen löst auch nicht das grundlegende Problem.

Unsere Forderung ist, dass die Ausgleichsabgabe nicht nur durch die Abgaben der Firmen finanziert wird, sondern auch vom Staat bzw. mit zusätzlichen Zulagen in Bayern.

Was wollen Sie dafür tun? Welche Lösungsvorschläge haben Sie?

### **CSU (Stephan Pilsinger):**

Ziel von CDU und CSU ist ein inklusiver erster Arbeitsmarkt. Das Potenzial von Fachkräften mit Behinderungen bleibt vielfach noch immer ungenutzt. Gemeinsam mit den Schwerbehindertenvertretungen wollen wir das betriebliche Eingliederungsmanagement stärken sowie Frühwarnsysteme und effiziente Präventivmaßnahmen ausbauen. Bei vielen Menschen tritt die Behinderung erst während des Arbeitslebens ein. Oft kann ein gutes betriebliches Eingliederungsmanagement eine anschließende Arbeitslosigkeit verhindern. Die Ausgleichsabgabe, die Unternehmen zahlen müssen, wenn sie nicht die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von schwerbehinderten Menschen beschäftigen, sollte ausschließlich für Maßnahmen zur Schaffung von Ausbildung und Arbeit für Menschen mit Behinderung im ersten Arbeitsmarkt verwandt werden. Unser Ziel ist es, mehr Unternehmen zu überzeugen, mehr Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen.

### **SPD (Sebastian Roloff):**

Menschen mit Behinderungen stehen oft vor großen Herausforderungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt müssen verbessert werden. Die SPD möchte deshalb einen inklusiven Arbeitsmarkt weiter ausbauen. Wir möchten die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten der Menschen mit Behinderung durch öffentlich geförderte Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote stärken. Zur Stabilisierung der Beschäftigung müssen auch Probleme beim Übergang von der Schule in den Beruf überwunden und die Möglichkeiten zum Übergang von Werkstätten für Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt sollen ausgebaut werden. Für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die die Beschäftigungsquote nicht oder in sehr geringen Umfang nachkommen, werden wir die Höhe der zu leistenden Ausgleichsabgabe deutlich erhöhen und diese zusätzlichen Mittel für Maßnahmen einsetzen, die die Inklusion auf dem Arbeitsmarkt spürbar verbessern. Über staatliche Zulagen bin ich gerne bereit zu sprechen. Für mich ist das wichtigste, dass die Menschen am Ende des Tages anständig & fair bezahlt werden.

### **Bündnis 90/Die Grünen (Doris Wagner):**

Meine Partei schlägt einen Rechtsanspruch auf die verlässliche Erstattung von Mehrkosten für Arbeitgeber vor und braucht einen verlässlichen Eingliederungszuschuss. Dazu ein einfaches, für jeden Arbeitgeber verständliches System und eine Beratung der Betroffenen vor Antritt der Arbeitsstelle.

### **Die Linke (Julian Ziegler):**

Es braucht eine staatliche und steuerfinanzierte Garantie für Leistungen, die nötig sind, um Gehörlosen die Teilnahme am Arbeitsleben vollwertig zu ermöglichen.

### **Volt (Sophie Griesbacher):**

Die Kopplung zwischen Einnahme und verwendung der Ausgleichsabgabe ist absolut widersprüchlich und in keinsten Weise sinnvoll. Hier bedarf es eines anderen Systems.

Parallel dazu müssen die Strafen (nichts anderes ist die Ausgleichsabgabe ja letztlich) erhöht werden und ein unabhängiges Budget für den Nachteilsausgleich von Arbeitnehmer\*innen bereitgestellt werden.

## **6. Arbeitsleben / Beratung für Firmen + gehörlose Arbeitnehmer:innen**

Das Inklusionsamt und die IFD's beraten nur im Arbeitsleben.

Unsere Forderung ist, dass eine unabhängige Beratung durch z.B. ein ressourcenübergreifendes Kompetenzzentrum hinsichtlich der Teilhabe am Arbeitsleben angeboten wird, um die Firmen bei den Anträgen, sowie die gehörlosen Arbeitnehmer:innen vor dem Einstieg sofort entlasten zu können, um die Hemmschwelle komplett zu reduzieren.

Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen? Welche Lösungsvorschläge haben Sie?

### **CSU (Stephan Pilsinger):**

Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass Unternehmen künftig bei der Einstellung von gehörlosen Arbeitnehmer:innen durch unabhängige, staatlich unterstützte Beratungsstellen betreut werden. Um praxisnahe Lösungen zu schaffen, wäre hierbei die enge Zusammenarbeit mit den einschlägigen Verbänden sicherlich zielführend.

### **SPD (Sebastian Roloff):**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass eine einheitliche Ansprechstelle für Arbeitgeber\*innen kleiner und mittlerer Unternehmen geschaffen wird. Diese Stelle soll die Arbeitgeber\*innen darüber informieren, welche Möglichkeiten sie haben, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Denn sehr viele Menschen mit Behinderungen sind gut oder sogar sehr gut ausgebildet und in Zeiten des Fachkräftemangels begehrte Arbeitskräfte. Wenn Arbeitgeber\*innen sich dafür entscheiden, einen Menschen mit Behinderung einzustellen, soll die einheitliche Ansprechstelle den Arbeitgeber\*innen die Laufwege abnehmen. Die einheitliche Ansprechstelle übernimmt den Kontakt zur Agentur für Arbeit wegen möglicher Lohnzuschüsse oder auch den Weg ins Integrationsamt wegen möglicher Umbauten zur Barrierefreiheit.

### **Bündnis 90/Die Grünen (Doris Wagner):**

Es braucht klare Zuständigkeiten und ein einfaches, verständliches System und natürlich eine Beratung der Arbeitnehmer:innen vor Antritt einer Stelle. Eine gemeinsame Anlaufstelle.

### **Die Linke (Julian Zieglmaier):**

Auch hier unterstützen wir die Forderung sehr gerne.

### **Volt (Sophie Griesbacher):**

Volt wird sich für eine unabhängige Beratungsstelle für die Teilhabe am Arbeitsleben einsetzen. Zur konkreten Bedarfsermittlung und Umsetzung ist es am zielführendsten, sich von Betroffenenverbänden beraten zu lassen.

## 7. Digitalisierung im Arbeitsleben

Ergänzend möchten wir auf die Digitalisierung zu sprechen kommen. Durch die aktuelle Entwicklung hat die „digitale Teilhabe“ stark zugenommen. Hier sehen wir sehr kritisch eine Tendenz zu einer digitalen „Teilhabe“ ausschließlich aufgrund der damit verbundenen Kostenersparnis. Der Staat entwickelt viele Ideen zur digitalen Teilhabe ohne Zusammenarbeit mit den betroffenen Verbänden.

Unsere Forderung ist, dass Gehörlosen im Arbeitsleben ein Wahlrecht für Dolmetscher und das Recht auf eine Präsenz-Arbeitsassistenten zustehen soll, um einen vollständigen Nachteilsausgleich am Arbeitsplatz zu garantieren.

Wird Ihre Partei mit den betroffenen Verbänden hinsichtlich der Entwicklung zur digitalen Teilhabe allgemein und speziell auch im Arbeitsleben zusammenarbeiten?

### CSU (Stephan Pilsinger):

Für Menschen mit Behinderung sind gerade die neuen digitalen Technologien der entscheidende Schlüssel zur Teilhabe an der Gesellschaft im Allgemeinen, wie auch speziell zu Gesundheitsinformationen und zur Gesundheitsversorgung: Gehörlose Menschen können über zugeschaltete Gebärdensprachdolmetscher mit hörenden Menschen kommunizieren, Blinde und Sehbehinderte können sich durch den Einsatz von Smartphones in fremden Umgebungen orientieren und Menschen mit kognitiven Einschränkungen haben durch Leichte Sprache Zugang zu bisher schwer verständlichen Informationen. CDU und CSU setzen sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen für die Erweiterung der barrierefreien Gestaltung, der digitalen Infrastruktur sowie dessen Kommunikations- und Informationsdienstleistungen ein. Insbesondere die Weiterentwicklung des BGG und der zugehörigen BITV sind hier von Bedeutung.

Aber auch die möglichst weitreichende Umsetzung der EU-Richtlinie zur Barrierefreiheit von Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen ist hier zentral.

### SPD (Sebastian Roloff):

Ja das werden wir sehr gerne tun. Wir haben im Mai diesen Jahres ein ausführliches Papier im Parteivorstand beschlossen, über das ich sehr froh bin. Denn die Digitalisierung verändert die Welt in grundlegender Weise. Die Politik stellt hier fest: Es fehlen Untersuchungen, die klären, inwieweit Menschen mit Behinderungen spezifisch von den damit einhergehenden Chancen und Risiken betroffen sind. Offensichtlich ist jedoch, dass mit der Corona Pandemie ein Boom an digitalen Angeboten eingesetzt hat, die bspw. für blinde und sehbehinderte Menschen und Menschen mit Lernbehinderungen und Verständnisschwierigkeiten oft nicht nutzbar sind. Dazu gehört auch die digitale Vermittlung von Lehrinhalten im Bildungsbereich. Wir brauchen daher rechtliche Rahmenbedingungen, die Barrierefreiheit im Bereich von Information und Kommunikation auch für den privaten Bereich definiert und verbindlich vorschreibt. Das digitale Lernen in den Schulen sowie das lebenslange Lernen, das immer öfters auf die digitalen Plattformen zurückgreift, müssen ausnahmslos barrierefrei sein. Nur so ist ein inklusives Lernen überhaupt vorstellbar.

Auch am Arbeitsplatz brauchen wir hier entsprechende Förderungen und Assistenzen. Hier arbeiten wir gerne mit den Interessensverbänden zusammen an der Erarbeitung von Lösungen.

### Bündnis 90/Die Grünen (Doris Wagner):

Es sollte grundsätzlich so sein, dass Betroffenenverbände gehört werden. Man sollte nicht über sie, sondern mit den Menschen sprechen, um die es bei den Gesetzesvorhaben geht.

Und es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass Gehörlose im Arbeitsleben die Art von Assistenz bekommen, mit der sie am besten umgehen können. Die es ihnen am leichtesten macht, sich in den Job einzufügen.

### Die Linke (Julian Zieglmaier):

Wir setzen uns selbstverständlich für eine gute Kommunikation und Planung mit den betroffenen Verbänden



**Volt (Sophie Griesbacher):**

Ich denke, dass die Digitalisierung hier neue Möglichkeiten eröffnet. Nichtsdestotrotz sollte ein Wahlrecht zwischen Dolmetscher\*in und digitaler Teilhabe für Gehörlose bestehen bleiben. In einer rein digitalen Kommunikation gehen viele Aspekte leider verloren.



## 8. Soziale Teilhabe

Nach wie vor bestehen Barrieren für gehörlose Menschen im privaten Bereich und bei der sozialen Teilhabe. Wir fordern eine vollumfassende Teilhabe im Sinne der Behindertenrechtskonvention. Welche Lösungsvorschläge zur Verbesserung der sozialen Teilhabe haben Sie bzw. Ihre Partei?

### **CSU (Stephan Pilsinger):**

In § 78 SGB IX heißt es zu Assistenzleistungen: „Zur selbstbestimmten und eigenständigen Bewältigung des Alltags einschließlich der Tagesstrukturierung werden Leistungen für Assistenz erbracht. Sie umfassen insbesondere Leistungen für die allgemeinen Erledigungen des Alltags wie die Haushaltsführung, die Gestaltung sozialer Beziehungen, die persönliche Lebensplanung, die Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben, die Freizeitgestaltung einschließlich sportlicher Aktivitäten sowie die Sicherstellung der Wirksamkeit der ärztlichen und ärztlich verordneten Leistungen. Sie beinhalten die Verständigung mit der Umwelt in diesen Bereichen.“ Hierunter fallen auch Dolmetscherleistungen. Als CDU und CSU sehen wir deshalb keinen weiteren Regelungsbedarf.

### **SPD (Sebastian Roloff):**

Wir müssen Barrierefreiheit und soziale Teilhabe in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, des Privattraums, der Arbeitswelt und der Bildung schaffen. Das beginnt mit Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und in der Mobilität. Aber auch im Wohnraum, im Sport, bei Kindern und Jugendlichen. Hier müssen wir endlich ran und ganzheitlich das umsetzen, was wir schon lange aufgrund der Behindertenrechtskonvention müssten.

### **Bündnis 90/Die Grünen (Doris Wagner):**

Menschen mit Beeinträchtigungen dürfen nicht diskriminiert werden. D.h. es sollte selbstverständlich sein, Gehörlosen Teilhabe zu ermöglichen. So sollte es grundsätzlich auch im ehrenamtlichen und privaten Bereich möglich sein, auf Assistenz zurückzugreifen.

### **Die Linke (Julian Zieglmaier):**

Eine bessere Finanzierung von Projekten für bessere Teilhabe ist hier definitiv der Schlüssel.

### **Volt (Sophie Griesbacher):**

Wir setzen uns dafür ein, dass die UN-Behindertenrechtskonvention umfassend umgesetzt wird und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Zugangs-, Förderungs- und Informationsdefizite müssen identifiziert und die Ausstattung der Kommunen verbessert werden.

Wir fördern den Abbau von Zugangs- und Teilhabebarrrieren im öffentlichen Leben. Dazu gehört insbesondere ein barrierefreier Zugang zum ÖPNV, zu öffentlichen Gebäuden sowie zu Freizeit- und Kulturangeboten. Außerdem wollen wir auch im digitalen Raum Barrierefreiheit sicherstellen und bspw. alle Webseiten von öffentlichen Einrichtungen und Behörden barrierefrei gestalten.

Wir wollen bestehende Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung und deren Angehörige stärken und ausbauen.

Wir stellen den umfassenden Zugang zu Bildungsangeboten sicher und fördern insbesondere in Schulen Inklusion.

Wir wollen uns für stärkere Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe im Berufsleben einsetzen. Besonders wichtig ist dabei, dass Menschen mit Behinderung für ihre Arbeit angemessen entlohnt werden und ein Mindestlohn in allen Werkstätten schrittweise eingeführt wird. Zusätzlich braucht es in Unternehmen verstärkt Förderprogramme und die Etablierung von einem inklusiven Arbeitsklima.

Wir schaffen ein Recht auf Sonderurlaub für Eltern, um mit dem Auftreten einer Behinderung eines Kindes umgehen und Betreuungsmöglichkeiten organisieren zu können.

## **9. Partizipation:**

Im Entwurf und Fertigstellung zur Änderung des Bay. Gleichstellungsgesetzes vom 2019 wird die Partizipation nicht erwähnt. Die Antwort des Sozialministeriums auf unseren Hinweis darauf war:

*„In Bayern sehen wir diese Notwendigkeit nicht, da es an anderen Stellen bereits Zuschüsse gibt. Menschen mit Behinderung und ihre Verbände und Organisationen werden in Bayern auf vielfältige Weise bei der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten beteiligt und gefördert, z.B. im Rahmen der Förderung von Landesbehindertenverbänden. Die Auflage eines neuen Förderprogramms erscheint nicht angezeigt.“*

Wir fordern eine politische Teilhabe; Parteien, gehörlose angehende Politiker:innen und gehörlose Menschen sollen Unterstützung für eine volle politische Teilhabe bekommen.

Wir möchten Sie fragen, ob Sie allumfassende Informationen zu den Bedürfnissen gehörloser Menschen von betroffenen Expert:innen benötigen?

Welche Lösungsvorschläge haben Sie für eine solche Partizipation?

Wie wollen Sie die politische Teilhabe für gehörlose Menschen insbesondere in Bayern verbessern?

### **CSU (Stephan Pilsinger):**

CDU und CSU wollen erreichen, dass Menschen mit Einschränkungen, ältere Menschen oder zeitweise Erkrankte das tun können, was für alle selbstverständlich ist: den ÖPNV benutzen, einen Geldautomaten aufsuchen oder die Nachrichtensendung verfolgen. Dafür werden wir das Behindertengleichstellungsgesetz weiterentwickeln. Bei den hierfür notwendigen Initiativen werden die entsprechenden Berufsverbände grundsätzlich eng eingebunden, etwa im Rahmen von Stellungnahmeverfahren und Anhörungen. Hieran wollen wir festhalten.

### **SPD (Sebastian Roloff):**

Sehr gerne nehme ich die Informationsangebote an. Ich möchte mich dafür einsetzen, die nötigen Partizipationsangebote zu schaffen. Mit den Informationen, was hier genau gebraucht hat, kann ich dies besser umsetzen. Die SPD hat sich dieses Anliegen auf die Fahne geschrieben. Wir wollen die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihren Verbänden im Sinne des Leitsatzes der UN-Behindertenrechtskonvention „Nichts über uns ohne uns“ fördern. Für eine wirksame und aktive Beteiligung aller Gruppen von Menschen mit Behinderungen gehört der Auf- und Ausbau barrierefreier Strukturen und Prozesse in den Parlamenten und in den politischen Parteien und Stiftungen auf allen Ebenen der parlamentarischen Demokratie. Die SPD setzt sich dafür ein, Bewerber\*innen mit Beeinträchtigungen, die Interesse für ein Mandat haben, individuell und gezielt zu fördern und finanziell zu unterstützen.

### **Bündnis 90/Die Grünen (Doris Wagner):**

Um Dinge zu verändern, zu verbessern, sollte man immer bei sich selber beginnen: Die Bundesparteitage der Grünen werden seit Jahren in Gebärdensprache gedolmetscht. Bei Veranstaltungen auf Landesebene wird Gebärdendolmetschung angeboten und auf Anfrage gestellt. Auch bei den Auftritten unserer Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und unserem Bundesvorsitzenden Robert Habeck im Rahmen des aktuellen Wahlkampfes waren Gebärdendolmetscher im Einsatz, die selbstverständlich im Stream mit übertragen wurden. Und auch auf lokaler Ebene haben wir KollegInnen, die immer wieder die Aufmerksamkeit darauf lenken, wie notwendig Gebärdensprache ist.

Menschen mit Beeinträchtigungen dürfen nicht diskriminiert werden. D.h. es sollte selbstverständlich sein, Gehörlosen Teilhabe zu ermöglichen. So sollte es grundsätzlich auch im ehrenamtlichen und privaten Bereich möglich sein, auf Assistenz zurückzugreifen.

### **Die Linke (Julian Zieglmaier):**

Für eine bessere politische Teilhabe freuen wir uns jederzeit über die Expertise und Informationen von betroffenen Verbänden.

**Volt (Sophie Griesbacher):**

Auch mir fehlt hier die Partizipation im Gleichstellungsgesetz. Ich denke es ist sehr sinnvoll, uns Politiker\*innen die Informationen zukommen zu lassen, die betroffenenverbände haben (wenngleich das auch nicht deren Verantwortungsbereich ist, hilft es uns doch sehr). Diese Informationen müssen in den Parteien aber weitergetragen und institutionalisiert werden.

Zur politischen Teilhabe für gehörlose Menschen gehört unter anderem, dass finanzielle Mittel für Dolmetscher\*innen vorhanden sein müssen, dass automatisch bei Parteitage, Treffen oder Videos die Sprache Untertitelt oder von einem\*r Dolmetscher\*in übersetzt werden muss.